



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Christian Lange MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
bei der Bundesministerin der Justiz und
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

6. Mai 2020

Betr.: Ihre Frage Nr. 19 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages
am 6. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Kollege,

anliegend übersende ich Ihnen meine Antwort auf Ihre oben genannte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Frage Nr. 19:

Welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Aussage des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, der in der „Süddeutschen Zeitung“ im Zusammenhang mit der Einschränkungen von Grundrechten gesagt [hat]: „Wenn sich das über eine längere Zeit hinzieht, dann hat der liberale Rechtsstaat abgedankt“ (vgl. ... [Es folgt ein Hinweis auf die Fundstelle im Internet bei sueddeutsche.de])?

Antwort:

Ziel der von Bund, Ländern und Kommunen ergriffenen Maßnahmen ist es, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, um die Bürgerinnen und Bürger vor einer Infektion zu schützen und einer möglichen Überlastung des Gesundheitssystems entgegenzuwirken. Die Bundesregierung bewertet laufend, ob Art und Umfang von Maßnahmen jeweils geeignet, erforderlich und angemessen sind, das Ziel des Schutzes von Leben und Gesundheit zu erreichen. Dabei werden selbstverständlich auch die Interessen der betroffenen Grundrechtsträgerinnen und Grundrechtsträger angemessen berücksichtigt.